

ENTWURF

Kommunique über die außerordentliche Sitzung des Komitees der Verteidigungsminister der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages
(Rumänische Variante 19.10.1983)

Am Oktober 1983 fand in BERLIN unter dem Vorsitz des Ministers für Nationale Verteidigung der Deutschen Demokratischen Republik, Armeegeneral Heinz Hoffmann, eine außerordentliche Sitzung des Komitees der Verteidigungsminister der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages statt.

An der Sitzung nahmen teil:

- Von der Volksrepublik Bulgarien - Armeegeneral Dobri Dshurow, Minister für Volksverteidigung der VRB;
- von der Ungarischen Volksrepublik - Armeegeneral Lajos Czinege, Minister für Landesverteidigung der UVR;
- von der Deutschen Demokratischen Republik - Armeegeneral Heinz Hoffmann, Minister für Nationale Verteidigung der DDR;
- von der Volksrepublik Polen - Waffengeneral Florian Siwicki, amtierender Minister für Nationale Verteidigung der VRP und Chef des Generalstabes der Polnischen Armee;
- von der Sozialistischen Republik Rumänien - Generaloberst Constantin Olteanu, Minister für Nationale Verteidigung der SRR;
- von der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken - Marschall der Sowjetunion D. F. Ustinow, Minister für Verteidigung der UdSSR;

- von der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik - Armeegeneral Martin Dzur, Minister für Nationale Verteidigung der CSSR;
- vom Vereinten Kommando - Marschall der Sowjetunion V. G. Kulikow, Oberkommandierender der VSK und Armeegeneral A. I. Gribkow, Chef des Stabes der VSK

Das Komitee der Verteidigungsminister hat im Geiste der PRAGER Politischen Deklaration vom 05. Januar 1983 und der gemeinsamen Erklärung der Repräsentanten der Partei- und Staatsführungen von sieben sozialistischen Staaten vom 28. Juni 1983 die Lage erörtert, die in EUROPA im Falle der Stationierung neuer amerikanischer Kernraketen mittlerer Reichweite in einigen westeuropäischen NATO-Mitgliedsländern entstehen würde. Die Sitzungsteilnehmer stellten fest, daß ungeachtet der konstruktiven Vorschläge, die von den Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages auf der PRAGER Tagung gemeinsam unterbreitet und im Juni dieses Jahres auf dem MOSKAUER Treffen bestätigt wurden, und darauf gerichtet sind, die nukleare Bedrohung von EUROPA abzuwenden, indem es zu einem Kontinent des Friedens, der frei von Kernwaffen sowohl mittlerer Reichweite als auch taktischer Bestimmung ist, wird, die NATO-Staaten auf diese Friedensvorschläge nicht nur nicht geantwortet haben, sondern hartnäckig die Vorbereitung der Stationierung neuer amerikanischer Kernraketen mittlerer Reichweite in einigen westeuropäischen NATO-Mitgliedsländern betreiben und das Erreichen militärischer Überlegenheit über die Länder des Warschauer Vertrages anstreben, was eine direkte Gefahr für ihre Sicherheit und den Weltfrieden darstellt.

Eine Stationierung neuer amerikanischer Kernraketen mittlerer Reichweite in Europa führt unvermeidlich auch zu einer Veränderung des bestehenden militärischen Gleichgewichtes zugunsten der NATO, zur gefährlichen Zuspitzung der gesamten Lage auf dem Kontinent und in der ganzen Welt, zum Anwachsen der Gefahr eines Kernwaffenkrieges mit katastrophalen Folgen für die Völker.

Die gefährliche Entwicklung der Lage berücksichtigend, hat das Komitee der Verteidigungsminister für den Fall der Stationierung neuer amerikanischer Kernraketen mittlerer Reichweite in Europa Maßnahmen erörtert, die von den Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages im Interesse der Gewährleistung des Friedens und ihrer Sicherheit getroffen werden müssen.

Dabei wurde bekräftigt, wie in der gemeinsamen Erklärung der Teilnehmerstaaten des MOSKAUER Treffens (1983) betont wurde, daß die Länder des Warschauer Vertrages in keinem Falle eine militärische Überlegenheit zulassen werden.

Die Sitzung verlief in einer sachlichen Atmosphäre, im Geiste der Freundschaft und des gegenseitigen Einverständnisses.